

# Wie konnte das nur passieren?

**Geldflüsse in der Politik** Diese Woche wird das Parlament neue Transparenzregeln für Spenden in der Schweizer Politik verabschieden. Und widerlegt damit eines der ältesten Klischees des Landes.

**Philipp Loser**

Gegessen wird um zwölf. Der Abfallsack kommt nicht zu früh auf die Strasse. Gearbeitet wird exakt und ordentlich.

Und über Geld redet man nicht.

Schweizer Klischees sind nicht sehr ergiebig, und sie stimmen bedauerlicherweise oft. Es war darum nicht sehr erstaunlich, dass Stefan Lacher vor gut einem Jahr etwas ratlos wirkte. Lacher ist Grossrat für die SP in Schaffhausen, er ist auch ein Juso, und als solcher ist man es zwar gewohnt, grosse Sprüche zu machen, die Überwindung des Kapitalismus zu fordern zum Beispiel oder die Verstaatlichung der Banken. Doch tatsächlich mal etwas zu gewinnen? Als Juso? Das war eine neue Erfahrung für Stefan Lacher.

## Ungeplanter Sieg

Der junge Mann stand im Februar 2020 im Regierungsgebäude von Schaffhausen und musste etwas erklären, was er nicht wirklich erklären konnte. Eben hatte die Stimmbevölkerung Ja zu einer kantonalen Transparenzinitiative gesagt, eingebracht von den Jungsozialisten. Die Schweizerinnen und Schweizer wollen eben doch über Geld reden: Künftig müssen die Politikerinnen und Politiker in Schaffhausen deklarieren, von wem sie wie viel Geld erhalten. Lacher hatte nicht mit einem Sieg gerechnet, wie auch. Eine Feier hatten die Schaffhauser Juso nicht geplant, schrieb die «Wochezeitung» später, höchstens ein Trostbier.

Lacher war nicht der erste Jungsozialist in der Schweiz, der diese ungewöhnliche Erfahrung gemacht hat. Im Kanton Schwyz, noch einen Tick konservativer als Schaffhausen, noch einen Tick juso-feindlicher auch, wurde schon zwei Jahre zuvor über eine kantonale Transparenzinitiative abgestimmt. «Wir waren sicher, dass wir nicht total abgeschmettert werden. Aber gleich gewinnen? Das dann doch nicht.» Thomas Büeler ist heute Kantonsrat für die SP in Schwyz und war damals Mitinitiant der kantonalen Transparenzinitiative. Man habe sich von ähnlichen Projekten in anderen Kantonen inspirieren lassen und habe es eine gute Sache gefunden. «Und dann wurden wir von unseren Gegnern völlig unterschätzt.»

Büeler und seine Juso gewannen die Abstimmung völlig überraschend, wie später auch Lacher in Schaffhausen. Die beiden Kantone sind nicht die ersten mit Transparenzvorschriften für die Politik – doch gerade das Beispiel Schwyz gilt für viele Beobachter als Wendepunkt in der Diskussion um die Offenlegung von Geldflüssen in der hiesigen Politiklandschaft. «Ich habe schon damals gedacht: Wenn es in Schwyz durchkommt, dann hat es in der ganzen Schweiz eine Chance», sagt Büeler. Der Erfolg in seinem Kanton habe eine Strahlkraft auf das gesamte Land gehabt.

Zwar hatten Aktivisten damals bereits mit dem Sammeln einer nationalen Initiative begonnen. Doch die kantonalen Urnengän-



«Der Druck kam plötzlich von überall», sagt SP-Nationalrätin Nadine Masshardt, die Co-Präsidentin des Initiativkomitees ist. Foto: Adrian Moser

ge dürften entscheidend dazu beigetragen haben, dass nun ebenso rasch wie einigermassen reibungslos eine nationale Regelung installiert werden konnte.

## Eine Schweizer Premiere

Genau das geschieht diese Woche in Bern. Heute findet die Einigungskonferenz zwischen National- und Ständerat über einen Gegenentwurf zur Transparenzinitiative statt (nach dem üblichen parlamentarischen Hickhack). Es geht jetzt nur noch um ein Detail: Gilt das Gesetz auch für gewählte Ständeräte? Viele Ständerätinnen und Ständeräte sind dagegen.

Über die grossen Linien ist man sich im Parlament aber bereits einig: Ab einer Höhe von 15'000 Franken müssen Spenden an Parteien und Komitees künftig offengelegt werden.

Das gilt auch für Gelder an eine Kampagne, wenn die Komitees mehr als 50'000 Franken ausgeben. Zudem wird die Annahme von Geldbeträgen aus

## Gerade das Beispiel Schwyz gilt als Wendepunkt in der Diskussion um die Offenlegung von Geldflüssen.

dem Ausland gleich ganz verboten. Kommt der Gegenvorschlag so bei der Schlussabstimmung nächste Woche durch (wonach es aussieht), zieht das Komitee die Initiative zurück, und die Schweiz erhält ein Gesetz über die Transparenz in der Politikfinanzierung. Eine Premiere.

«Der Druck kam plötzlich von überall», sagt SP-Nationalrätin Nadine Masshardt, Co-Präsidentin der Volksinitiative. Ohne die diversen Abstimmungen in den Kantonen wäre man heute nicht an diesem Punkt, sagt Masshardt. «Die Volksentscheide zeig-

ten unmissverständlich, dass die Bevölkerung mehr Transparenz in der Politikfinanzierung will. Wir spürten immer stärker: Das müsste doch auch im Parlament mehrheitsfähig sein.»

## Warum ging das so schnell?

Nur: Wieso ist das so? Und warum ging das so schnell? Die Beteiligten auf kantonaler und nationaler Ebene haben keine definitive Antwort auf diese Frage, nur Mutmassungen. «Vielleicht kommt eine Generation nach, die nicht so grosse Mühe hat, über Geld zu sprechen», sagt Stefan Lacher aus Schaffhausen. «Offenbar ist es ein Bedürfnis der Menschen, zu wissen, wie unsere Politiker finanziert werden», sagt dazu Thomas Büeler aus Schwyz.

Gerhard Pfister, Präsident der Mitte, die ebenfalls den Gegenvorschlag unterstützt, stellt ein entspannteres und professionelleres Verhältnis zum Geld in der Politik fest. «Da hat ein Kulturwandel stattgefunden.» Schon

## Die neuen Transparenzregeln

Die Schweizer Politik wird etwas transparenter. Ab einer Höhe von 15'000 Franken müssen Beiträge an Parteien und Komitees künftig offengelegt werden. Neben der Offenlegung von Parteispenden müssen auch Kampagnengelder transparenter ausgewiesen werden, wenn die Kampagne mehr als 50'000 Franken kostet. Geldspenden aus dem Ausland werden verboten. Das ist der Inhalt eines Gegenvorschlags zur Transparenzinitiative. Wenn der Vorschlag so durch die Schlussabstimmung der Sommersession kommt, werden die Initianten ihre Initiative zurückziehen, und der Gegenvorschlag wird Gesetz. Kontrolliert werden soll via Stichproben. Dass dabei auch getrickelt werden kann, ist den Initiantinnen klar. «Man kann auch in einer 30er-Zone mit 70 durchfahren – aber wenn man erwischt wird, dann gibt es eine Busse», sagt SP-Nationalrätin Nadine Masshardt. (sda)

Bundesrätin Karin Keller-Sutter hatte in der Frühlingssession einen «Mentalitätswandel» feststellt.

Andri Silberschmidt, FDP-Nationalrat aus Zürich und jüngster Parlamentarier in Bern, befruchtet sich auf sein direktes Umfeld. Da interessiere es einfach, wie das genau sei mit dem Geld in der Politik. «Für viele meiner Kolleginnen und Kollegen ist das eine Selbstverständlichkeit. Es ist ja auch nichts Schlimmes dabei», sagt er.

## «Frage der Grundwerte»

Im Bundeshaus stellen Initianten und Gegner eine Wechselwirkung zwischen dieser nicht näher gefassten Stimmung in der Bevölkerung und dem Verhalten der Politikerinnen und Politiker fest. Die Genfer Ständerätin Lisa Mazzone von den Grünen sieht zum einen ein neues Parlament am Werk, ein jüngeres und ein sensibilisiertes. Zum anderen sei vielen Parlamentarierinnen und Parlamentariern bewusst, dass man es in gewissen Themen (zum Beispiel bei der Transparenz von politischen Geldflüssen oder auch bei Waffenexporten in Bürgerkriegsländer) schwer vor dem Volk habe. «Und dann fällt es ihnen schwer, diese ausschliesslich wirtschaftsorientierte Position in einem wertebasierenden Abstimmungskampf zu verteidigen.»

Gregor Rutz, SVP-Nationalrat aus dem Kanton Zürich, sieht das ähnlich – kommt aber (der Parteilogik entsprechend) zu einem anderen Schluss. Die bisherigen Siege für mehr Transparenz in der kantonalen Politik hätten vor allem mit dem Versagen der gegnerischen Politiker zu tun. «Als ob man sich schämen würde, diese Position zu verteidigen.» Dabei sei es eine Frage der Schweizer Grundwerte, gegen diese Transparenzinitiative zu sein. «Denn als Nächstes kommt dann die Forderung nach einem bezahlten Berufsparlament. Das wäre das Ende des Milizsystems», ist Rutz überzeugt.

Es ist ein gängiges Argumentationsmuster der Gegnerinnen und Gegner von offenen Parteien. Sie fürchten, dass die Politik künftig weniger Geld aus der Bevölkerung erhält (weil ein KMUler beispielsweise nicht mit einer einzigen Partei assoziiert werden möchte), und wenn das Geld ausbleibe, werde dann nach dem Staat gerufen – und schliesslich gar ein Berufsparlament eingerichtet.

## Plötzlich ernst genommen

Man spürt ein grosses Engagement bei Gregor Rutz, er hat in der Debatte vor einer Woche zum Thema ein leidenschaftliches Votum gehalten. Es machte deutlich, welche Gefahr die Transparenzgegner in diesem Streit wittern. Das ist vor einigen Jahren bereits Thomas Büeler, dem Juso aus dem Kanton Schwyz, aufgefallen: «Wirklich erstaunlich an unserem Erfolg war, wie ernst unsere Gegner uns plötzlich genommen haben.»

Das kommt davon, wenn man in der Schweiz alte Gewissheiten angreift – und dabei für einmal erfolgreich ist.